

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis	7
Literaturempfehlungen	9
Vorbemerkungen	11
I. Personalplanung und Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	13
1. Konsequenzen wirtschaftlicher Veränderungen	14
2. Instrumente der Personalplanung	15
2.1 Unterrichtung des Betriebsrats	16
2.1.1 Umfang der Unterrichtung	17
2.1.2 Zeitpunkt der Unterrichtung	17
2.2 Beratung mit dem Betriebsrat	18
2.3 Vorschläge des Betriebsrats	19
2.4 Sanktionen bei Pflichtverletzung des Arbeitgebers	20
2.5 Fortschreibung des Personalbestands	21
3. Beschäftigungssicherung	22
4. Ausschreibung von Arbeitsplätzen	23
5. Personalfragebogen und Arbeitsverträge	25
6. Auswahlrichtlinien	26
7. Bildungsmaßnahmen	27
7.1 Förderung und Einrichtung der Berufsbildung	28
7.2 Bildungsmaßnahmen bei geplanten Änderungen	30
7.3 Durchführung betrieblicher Bildungsmaßnahmen	30
II. Beteiligung des Betriebsrats bei Personalentscheidungen nach § 99 BetrVG	33
1. Einstellung	34
2. Ein- und Umgruppierung	38
2.1 Eingruppierung	39
2.1.1 Information des Betriebsrats durch Betriebsbegehung	40
2.1.2 Information durch Einblick in Entgeltlisten	41
2.2 Umgruppierung	42
3. Versetzung und Änderungskündigung	43
3.1 Die arbeitsvertraglichen Voraussetzungen für die Zuweisung einer neuen Tätigkeit oder eine Änderungskündigung	44
3.1.1 Arbeitsvertraglich unzulässige Zuweisung einer neuen Tätigkeit	44
3.1.2 Zulässige Zuweisung einer anderen Tätigkeit	46
3.1.3 Unwirksame Zuweisung einer neuen Tätigkeit	48

3.2	Der betriebsverfassungsrechtliche Schutz bei einer Versetzung oder Änderungskündigung	49
3.2.1	Der andere Arbeitsbereich	49
3.2.1.1	Änderung des Arbeitsortes	50
3.2.1.2	Änderung von Arbeitsaufgabe und -inhalt	52
3.2.1.3	Änderung des Platzes in der betrieblichen Organisation	54
3.2.1.4	Änderung der Arbeitsumstände ohne Zuweisung eines anderen Arbeitsbereichs	55
3.2.2	Dauer der Zuweisung	56
3.2.3	Erhebliche Veränderung der Umstände	56
3.2.4	Ständig wechselnder Arbeitseinsatz	57
3.2.5	Kündigung und Versetzung	58
III.	Verfahren bei Personalentscheidungen	59
1.	Die Unterrichtungspflicht	59
1.1	Zeitpunkt der Unterrichtung	59
1.2	Form der Unterrichtung	59
1.3	Inhalt der Unterrichtung	61
2.	Beteiligung des Betriebsrats	64
2.1	Adressat der Unterrichtung	64
2.2	Vorgehen des Betriebsrats	65
2.2.1	Fristen und deren Berechnung	65
2.2.2	Vorbereitung der Betriebsratssitzung	66
2.2.3	Betriebsratssitzung	66
IV.	Die Zustimmungsverweigerung	71
1.	Allgemeine Anforderungen an die Zustimmungsverweigerung	71
2.	Gründe für die Verweigerung der Zustimmung	72
2.1	Zustimmungsverweigerung bei Einstellung	73
2.1.1	Verstoß gegen Gesetz, Verordnung, Unfallverhütungsvorschrift, Bestimmung im Tarifvertrag oder in einer Betriebsvereinbarung, gerichtliche Entscheidung oder behördliche Anordnung (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	73
2.1.2	Verstoß gegen Auswahlrichtlinien (§ 99 Abs. 2 Nr. 2 BetrVG)	76
2.1.3	Benachteiligung anderer Beschäftigter (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG)	76
2.1.4	Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG)	78
2.1.5	Unterlassen einer Ausschreibung (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG)	79
2.1.6	Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG)	80
2.2	Zustimmungsverweigerung bei Ein- und Umgruppierung	81
2.2.1	Verstoß gegen eine Bestimmung im Tarifvertrag (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	81

2.2.2	Benachteiligung anderer Beschäftigter sowie des Betroffenen (§ 99 Abs. 2 Nr. 3, 4 BetrVG)	82
2.3	Zustimmungsverweigerung bei Versetzungen	83
2.3.1	Verstoß gegen Gesetz, Verordnung, Unfallverhützungsvorschrift (§ 99 Abs. 2 Nr. 1 BetrVG)	83
2.3.2	Benachteiligung anderer Beschäftigter (§ 99 Abs. 2 Nr. 3 BetrVG)	84
2.3.3	Benachteiligung des betroffenen Arbeitnehmers (§ 99 Abs. 2 Nr. 4 BetrVG)	85
2.3.4	Unterlassen einer Ausschreibung (§ 99 Abs. 2 Nr. 5 BetrVG)	86
2.3.5	Störung des Betriebsfriedens (§ 99 Abs. 2 Nr. 6 BetrVG)	87
V.	Folgen einer Zustimmungsverweigerung	88
1.	Informationspolitik des Betriebsrats	88
2.	Möglichkeiten des Arbeitgebers nach erfolgter Zustimmungsverweigerung	89
2.1	Ersetzung der Zustimmung	90
2.2	Vorläufige Durchführung der Maßnahme	91
2.2.1	Unterrichtung des Betriebsrats	93
2.2.2	Handlungsmöglichkeiten des Betriebsrats	93
2.2.3	Verhalten des Arbeitgebers nach Bestreiten	95
2.2.4	Informationspolitik im Betrieb	95
3.	Sicherung der Beteiligungsrechte des Betriebsrats	95
3.1	Antragsfrist	96
3.2	Beschluss des Betriebsrats zum Gerichtsverfahren	97
3.3	Besonderheiten bei Ein- und Umgruppierungen	97
3.4	Beauftragung einer Prozessvertretung	97
3.5	Zwangsgeldverfahren	98
3.6	Weitere Möglichkeiten zur Sicherung des Mitbestimmungsrechts	98
3.6.1	Abmahnung des Arbeitgebers	98
3.6.2	Unterlassungsanspruch	99
3.6.3	Ordnungswidrigkeitenanzeige	101
4.	Rechte der von der personellen Maßnahme Betroffenen	103
4.1	Wirksamkeit des Arbeitsvertrages	103
4.2	Schadenersatzansprüche	104
4.3	Rechtsanspruch auf richtige Eingruppierung	104
Anhang		107
Anhang Nr. 1		
Einstellungsfragebogen		107
Anhang Nr. 2		
Checkliste für Bildungsmaßnahmen		109
Zu den Anhängen Nr. 3a, 3b und 3c		
Arbeitsplatzbogen (1. und 2. Beispiel), Frageliste zum Arbeitsplatzbogen		110

Anhang Nr. 3a	
Arbeitsplatzbogen (1. Beispiel)	111
Anhang Nr. 3b	
Arbeitsplatzbogen (2. Beispiel)	112
Anhang Nr. 3c	
Frageliste zum Arbeitsplatzbogen	113
Anhang Nr. 4	
Kriterien zur Prüfung bei Änderung von Arbeitsplatz / Tätigkeit	115
Anhang Nr. 5	
Unterrichtung bei Personalentscheidungen	117
Anhang Nr. 6a	
Prüfliste für eine Einstellung / Eingruppierung (§ 99 BetrVG)	119
Anhang Nr. 6b	
Prüfliste für eine Versetzung / Umgruppierung (§§ 99, 102 BetrVG)	121
Anhang Nr. 7a	
Zustimmungsverweigerung (Formblatt)	124
Anhang Nr. 7b	
Zustimmungsverweigerung bei geplantem Einsatz eines Leiharbeitnehmers	125
Anhang Nr. 7c	
Zustimmungsverweigerung bei Einstellung (Beispiel)	129
Anhang Nr. 7d	
Zustimmungsverweigerung bei Eingruppierung (Beispiel)	130
Anhang Nr. 8a	
Geltendmachung bei falscher Eingruppierung (einzelnen)	131
Anhang Nr. 8b	
Geltendmachung bei falscher Eingruppierung (mehrere Betroffene)	132
Stichwortverzeichnis	133